

## Offener Brief

Montag, 22. Mai 2006

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Frau Ursula von der Leyen  
Alexanderplatz 6  
10178 Berlin

Sehr geehrte Frau Ministerin von der Leyen,

der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) ist eine überparteiliche Weltanschauungsgemeinschaft in der Tradition der europäischen Aufklärung. Er vertritt in Staat und Gesellschaft die Interessen von Menschen, die nicht religiös gebunden sind. Wir sind der Überzeugung, dass jeder Mensch das Recht und die Verantwortung hat, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten. Der HVD ist in neun Bundesländern mit Landes- und Regionalverbänden aktiv. Zu seinen Angeboten zählen weltliche Feiern ("Jugendfeier"), Kindergärten, Schwangerenberatung, Humanistischer Lebenskundeunterricht, Patientenverfügungen sowie eine Vielzahl sozialer und kultureller Dienstleistungen.

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Sie haben anlässlich des "Ersten Deutschen Familientages" in Berlin zu einer familienpolitischen Spitzenrunde erneut nur die katholische und evangelische Kirche eingeladen, für die Sie zwei Plätze in Ihrem "Allianzgespräch" reserviert hatten. Diese Einseitigkeit ruft unseren Protest hervor.

Der Humanistische Verband Deutschlands wendet sich gegen das bisher von Ihnen geplante "Bündnis für Erziehung" allein mit der Katholischen und Evangelischen Kirche, mit dem "christliche Werte wieder zum Fundament der Erziehung werden können", wie Sie sagten. Auch eine Ergänzung durch weitere religiöse Organisationen halten wir nicht für ausreichend und der familienpolitischen Situation in Deutschland nicht für angemessen.

Nach unserer Ansicht verkennen Sie außerdem, dass der Staat die Heimstatt aller seiner Bürgerinnen und Bürgern und ihm nach dem Grundgesetz eine religiös-weltanschauliche Neutralität vorgeschrieben ist. Es verträgt sich nicht mit dem Geist unserer Verfassung, wenn der Staat versucht, mit den beiden christlichen Großkirchen, die ohnehin schon erhebliche Privilegien besitzen, Glaubensgrundsätze der christlichen Bekenntnisse zu allgemein verbindlichen Erziehungsnormen zu erklären. In einer pluralistischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik, in der über ein Drittel der Bevölkerung keiner Kirche angehört und in der Millionen Menschen ohne jede religiöse Bindung leben, verbietet sich jegliche religiöse Missionierung und Diskriminierung Andersdenkender und Konfessionsfreier durch den Staat.

Das staatlich anerkannte Monopol der Kirchen für ethische und erzieherische Fragen ist unwiederbringlich vorbei. Der moderne Staat hat nach unserer Ansicht, die sich mit dem Grundgesetz deckt, dafür zu sorgen, dass die Glaubens- und Gewissensfreiheit des einzelnen gewährleistet ist.

Sehr geehrte Frau Ministerin,

der Humanistische Verband Deutschlands respektiert, dass Menschen für ihre persönliche Lebensgestaltung die Religion in Anspruch nehmen und dass die Kirchen ihre religiösen Funktionen ausüben. Er kritisiert aber, wenn Sie als Bundesministerin ihre Verpflichtung zur Trennung von Staat und Kirche missachten. Ein Erziehungsziel wie die "Ehrfurcht vor Gott" verbietet das Grundgesetz.

Nach unserer Ansicht sollten Sie strikt darauf achten, dass staatliche Zurückhaltung in religiösen Fragen und die Achtung der weltanschaulichen Selbstbestimmung des Menschen ein hoher verfassungsrechtlicher Wert ist.

Der Humanistische Verband erwartet einen pluralistischen Auftrag an dieses "Bündnis für Erziehung" und - außer dem Einbezug von Juden, Moslems und anderen Glaubensrichtungen in Deutschland - auch die Mitarbeit säkularer Personen und Verbände. Der Humanistische Verband ist unter diesen Bedingungen bereit, seine Erfahrungen und Positionen in den Dialog und die politische wie fachliche Konzeptionsbildung als Träger von Einrichtungen, z.B. Humanistische Lebenskunde in der Schule, Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, Jugendarbeit, Kultur und Bildung etc. einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

**Dr. Horst Groschopp**

Bundesvorsitzender